



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Demokratie mitdenken und mitgestalten III: Schule als demokratischen Lebensraum stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Schulen sowohl konzeptionell als auch organisatorisch dabei zu unterstützen, Schulparlamente einzurichten und durchzuführen und den Schulen in diesem Zusammenhang auch Informationen über die mögliche Organisation, Modelle und Chancen von Schulparlamenten, sowie konkrete Umsetzungshilfen zur Verfügung zu stellen.

Zudem sollte geprüft werden, ob das Schulparlament als Gremium gelebter Demokratie an Schulen mittelfristig auch im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) verankert werden kann.

### **Begründung:**

Schulen haben bereits heute die Möglichkeit, ein Schulparlament einzurichten und damit eine Plattform für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch, sowie die Diskussion von Fragen des schulischen Lebens und Lernens zu schaffen. Das Gremium kann dabei als eine Art vergrößertes Schulforum verstanden werden, ist jedoch kein Mitbestimmungsorgan mit eigenen Kompetenzen, wie etwa Elternbeirat oder Schulforum.

Schulen, die bereits Erfahrung mit der Einrichtung eines Schulparlaments gemacht haben, sehen in einem solchen Gremium erheblichen Mehrwert: So eröffnet das Schulparlament Raum für einen noch intensiveren und vertrauensvolleren Austausch der verschiedenen Vertreter der Schulfamilie, als dies das Schulforum allein leisten kann. Diskussionen und Abstimmungen im Schulparlament können folglich als Grundlage für Aussprachen und Beschlüsse des Schulforums dienen, beispielsweise wenn es um interne und externe Schulentwicklungsprozesse, Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen, Kooperationen mit Partnern und Institutionen, Informations- und Beratungssysteme u. Ä. geht. Zudem wird als positiv hervorgehoben, dass Sitzungen stets öffentlich stattfinden und Tagesordnungen und Sitzungsprotokolle allgemein bekanntgegeben werden, sodass die gesamte Schulfamilie von transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungen profitieren kann.

Schulparlamente können durch den größeren Freiraum für Austausch, Diskussionen und Entscheidungsprozesse einen wesentlichen Beitrag zu gelebter Demokratie und Demokratieerziehung an den Schulen leisten. Gleichzeitig stellt die Realisierung eines Schulparlaments die Schulen aber auch vor Herausforderungen – dies gilt umso mehr bei der erstmaligen Einrichtung einer solchen Versammlung. Um Hemmnisse, aber

auch mögliche Vorbehalte gegenüber einem solchen Gremium zu vermeiden und möglichst viele Schulen zur Einrichtung zu motivieren, sollte hier vonseiten der Staatsregierung noch stärker Aufklärungsarbeit über mögliche Modelle, die Organisation und Durchführung sowie rechtliche Rahmenbedingungen geleistet werden. Nur wenn ausreichend Unterstützungsmaßnahmen und Umsetzungshilfen zur Verfügung gestellt werden, lässt sich auch ein möglichst einfacher Zugang, sowie breite Akzeptanz unter Schulleitern, Lehrkräften, Schülern und Eltern schaffen. Zugleich sollte auch erwägt werden, ob man ein solches Unterstützungsprogramm mit einer Verankerung im BayEUG begleiten und damit die Bedeutung des Gremiums auch auf gesetzlicher Ebene herausstellen könnte.

Nimmt man die Schulen als demokratischen Lern-, aber auch Lebensraum, in dem junge Menschen ihre Persönlichkeit entfalten können, ernst, so muss ihnen hier auch die Möglichkeit geboten werden, sich als aktives Mitglied in die Gemeinschaft einzubringen und an Entscheidungen mitzuwirken. Die organisatorische und konzeptionelle Unterstützung von Schulparlamenten, aber auch deren gesetzliche Verankerung wäre ein wesentlicher Beitrag zur Weiterentwicklung von Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten an den Schulen. Nicht zuletzt kann dieses Gremium bereits frühzeitig bei den Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein dafür schärfen, dass Demokratie und demokratische Entscheidungsprozesse immer auch von Aushandlung und Kompromissen getragen sind.